

Zweifel am Pauschalverbot wachsen

Handy-Bann im Schulunterricht in Nidwalden: Auch andere Kantone diskutieren ähnliche Lösungen.

Léonie Hagen

Zum neuen Schuljahr führt der Kanton Nidwalden eine neue Richtlinie ein: Kinder und Jugendliche dürfen private Handys, Tablets und Laptops offiziell nicht mehr auf dem Schulgelände verwenden. Damit wird Nidwalden zum ersten Kanton in der Deutschschweiz, der die Handybenutzung an seinen Schulen einheitlich regelt.

Das liegt aber nicht etwa daran, dass die Behörden besonders hart durchgegriffen hätten. Im Gegenteil: Der Vorschlag für die Richtlinie kam von den Schulen selbst.

Keine Revolution, sondern eine Formalisierung

Die Schulleitungen hätten festgestellt, dass sie die Handynutzung ohnehin schon alle gleich handhabten, heisst es in der Mitteilung des Kantons. Mit der neuen Richtlinie wird diese Handhabung nun lediglich formalisiert.

Das klingt bemerkenswert friedlich. Dabei werden Handyverbote schweizweit heftig diskutiert. Ob in Zürich, Bern, Basel-Stadt, Zug, Luzern oder zuletzt in Schwyz: Immer wieder fordern Lehrpersonen und Politikerinnen einheitliche Regeln. Und immer wieder blitzen sie damit ab. Die Regierungen verweisen jeweils auf die Schulen und Gemeinden: Diese könnten eigenständig darüber entscheiden, wie mit Handys im Unterricht umzugehen sei.

Am restriktivsten ist bislang der Kanton Waadt: Dort ist die Benutzung privater Handys auf dem Schulgelände offiziell nur in Ausnahmefällen erlaubt. Das entsprechende Gesetz gilt seit



Die wenigsten Kantone kennen einheitliche Regelungen für Handys im Unterricht – doch braucht es die überhaupt?

Bild: Keystone

2019. Die Richtlinie aus Nidwalden sei nicht revolutionär, sondern längst gängige Praxis, sagt Thomas Minder, Präsident des Dachverbands der Schweizer Schulleitungen: «Die Schweizer Schulen gehen schon seit über 15 Jahren mit Handys um. Und wir haben das im Griff.»

«Diese Debatten sind reines Politik-Theater»

An den meisten Schulen dürften die Jugendlichen ihre Smartphones, Smartwatches und ähnlichen Geräte mitbringen. Das

sei wichtig, sagt Minder. Etwa, weil sich darauf die Fahrkarte für den öffentlichen Verkehr befinde, oder damit sie bei Bedarf ihre Familie erreichen könnten.

Im Unterricht – und oft auch in den Pausen – sehe und höre man von den Geräten aber wenig. Daran ändere eine kantonale Regelung nichts. Entsprechend brauche es diese nicht, sagt Minder. Die politische Debatte dazu sei reines Theater: «Wozu etwas regeln, das nicht mehr geregelt werden müsste?» Klare Regelungen seien zwar

wünschenswert, sagt Dagmar Rösler, Präsidentin der Schweizer Lehrpersonen. Doch auch sie ist gegen ein grundsätzliches «Mitnahmeverbot» von elektronischen Geräten.

Stattdessen brauche es stufengerechte Regelungen, wann und wie die Geräte vor Ort benutzt werden dürften. Wenn die Politik nun allgemeine Handyverbote fordere, klinge das, als herrsche an den Schweizer Schulen bisher «Wildwuchs und Chaos», so Rösler: «Das stimmt einfach nicht!»

Ohnehin sei es müssig, sich dermassen auf die Handybenutzung während der Unterrichtszeit zu konzentrieren. Das eigentliche Problem, sagt Thomas Minder, sei die zweite Tageshälfte: «Dann, wenn die Jugendlichen ihre Freizeit in den sozialen Medien verbringen.»

Tatsächlich geben gemäss Sucht Schweiz über 80 Prozent der 11- bis 15-Jährigen an, täglich online zu sein. Etwa 65 Prozent von ihnen sind täglich in sozialen Netzwerken unterwegs. Bei rund 7 Prozent von ih-

nen erreicht die Nutzung sozialer Medien ein «problematisches» Ausmass.

Ein solch übermässiger Konsum könne die mentale Gesundheit klar beeinträchtigen, schreibt Pro Juventute auf Anfrage. Das geschehe aber primär bei Jugendlichen, die bereits psychisch belastet seien. Deshalb brauche es nicht nur klare Regeln, sondern auch Unterstützung, Begleitung und Aufklärung im Alltag.

Mehr Elternbildung statt Restriktionen

Im vergangenen Herbst wurden gleich mehrere Vorstösse zum Social-Media-Konsum junger Menschen an den Bundesrat überwiesen. Er soll unter anderem prüfen, ob und inwiefern Altersschranken für soziale Netzwerke sinnvoll sind. Ein generelles Verbot stuft er als wenig zielführend ein: Kinder und Jugendliche müssten vielmehr früh und schrittweise auf den Umgang mit sozialen Medien vorbereitet werden.

Diese Überlegungen seien ein wichtiger erster Schritt, sagt Schulleiter-Präsident Thomas Minder. Ob es wirklich ein Verbot brauche, sei offen. Doch die Gefahr, das Suchtpotenzial der sozialen Medien sei real. Hier brauche es eine nationale Strategie – analog zum Jugendschutz bei Alkohol oder Zigaretten.

«Verbote sind einfach auszusprechen», sagt auch Minder. Viel mehr müsse man in eine gute Elternbildung investieren; in Workshops und Aufklärungsabende dazu, wie man in der Familie einen guten Umgang mit elektronischen Geräten und sozialen Medien finde. So, wie es viele Schulen bereits heute täten.